

6. Wahlperiode – 35. Sitzung

Tagesordnungspunkt 6

„Insolvenz privater Haushalte im Freistaat Sachsen“

Drucksache 6/4724, Antrag der Fraktionen CDU und SPD

27. Mai 2016

Sehr geehrter Herr Präsident! Manchmal braucht man einfach Hilfe, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Wenn Arbeitslosigkeit, Armut oder schlichtes Nichtwissen in eine persönliche Krise führen, die die Existenz bedroht, dann muss es Orte und Menschen geben, an die man sich wenden kann und wo man Hilfe und Unterstützung findet. In Sachsen haben wir glücklicherweise mit den Schuldnerberatungsstellen und den Verbraucherinsolvenzberatungsstellen solche Ansprechpartner.

So groß dieses Wortungetüm „Verbraucherinsolvenzberatungsstellen“ auch ist, so ist die Arbeit, die dort geleistet wird, unverzichtbar und ganz besonders zu würdigen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Fast jeder zehnte Erwachsene in Sachsen ist überschuldet; die Zahlen hat Kollege Fischer bereits genannt. Wichtig dabei ist: Die Zahlen sind nicht gesunken, sondern gestiegen. Der durchschnittliche Schuldner in Sachsen ist arbeitslos, ledig, ohne Bildungsabschluss, 42 Jahre alt und männlich. Besonders gefährdet sind junge Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren. Insbesondere in jungen Jahren kann ein ganz problematischer Prozess beginnen, der etwas mit dem von vielen von uns sehr geliebten Smartphone zu tun hat. Gerade junge Leute können hier ganz schnell in die Schuldenfalle geraten. Gerade bei jungen Menschen – davon bin ich überzeugt – gibt es in Sachsen ein Klima des Konsumwahns, des Kaufens und des Konsumierens. Sie haben keinen Überblick über die Kosten, wollen aber trotzdem weiter konsumieren. Sie unterliegen überall bunten Werbeversprechen, Krediten mit niedrigen Zinsen und dem schnellen Glück mit dem Kaufklick im Internet. Zahlen wird auf morgen verschoben, jedoch heute schon konsumiert – das ist aus meiner Sicht eine sehr problematische Haltung.

Hier müssen wir meiner Ansicht nach ein klares Signal dagegensetzen. Die Überschuldung kann sich aufgrund früherer Zahlungsverpflichtungen immer weiter steigern, und am Ende kann dies zur Privatinsolvenz führen. Hierzu gehört insbesondere fehlende Finanzkompetenz, also das Nicht-Einschätzen-Können der eigenen Einnahmen und Ausgaben. Die wichtigste Ursache in diesem Zusammenhang ist Arbeitslosigkeit. Ein weiterer wichtiger Grund, den ich nennen möchte, ist Bürokratie und Amtsschimmel. Ich sehe ein Problem darin, wenn Menschen in dem großen Gebilde unserer Sozialsysteme und den entsprechenden Verwaltungen zwischen die Räder kommen.

Viele von uns kennen die Fälle aus ihren Bürger- und Wahlkreisbüros. In diesen Dschungel kann man ganz schnell geraten; die Leute kommen ja mit diesen Problemen zu uns. Dort wieder herauszukommen ist oft sehr schwer. Wenn dann in den Ämtern aus Zeitdruck nur Dienst nach Vorschrift gemacht wird, wird oft die individuelle Problemlage nicht wirklich erkannt und eine Schwarz-Weiß-Bürokratie gemacht. In dieser Schwarz-Weiß-Bürokratie werden oft die existenziellen Probleme des Einzelnen vergessen.

Genau diesen Menschen wollen wir zukünftig helfen. Wir wollen helfen, dass man nicht so einfach in die Insolvenz rutschen kann. Wir wollen die Menschen befähigen. Für uns ist das keine Aufgabe von einigen Jahren oder Projektzeiträumen, sondern eine zukünftige, langfristige Aufgabe. Wir haben dafür wichtige Partner: die Verbraucherinsolvenzberatungen bei der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt und der Diakonie. Dort wird versucht, in einzelnen Problemfällen den Menschen zu helfen, nicht unter die gerade von mir beschriebenen Räder zu gelangen. Ihnen wird geholfen und es wird versucht, ihnen die Angst vor der Insolvenz und vor dem persönlichen Scheitern zu nehmen. Es wird versucht, ein Insolvenzverfahren vorzubereiten, und es wird in vielen Fällen auch versucht, eine außergerichtliche Einigung zu erzielen.

Ich sage: Scheitern ist nicht schlimm. Wichtig ist, nach vorn zu schauen, wieder aufzustehen und weiterzumachen. Genau diese Haltung wollen wir zukünftig vermitteln. Ich glaube, eine solche Haltung aus diesem Hohen Haus hier zu vermitteln, ist eine sehr gute Botschaft. Die Koalition hat hier klare Prioritäten formuliert. Wir wollen das tun, indem wir zukünftig überschuldeten Menschen im Freistaat Sachsen sicher einen Beratungstermin anbieten; diese sollen ihn zukünftig auch sicher erhalten. Wir wollen für eine hinreichende personelle Ausstattung von Beratungsfachkräften in den Beratungsstellen sorgen, und wir wollen sicherstellen, dass diese Fachkompetenz auch gut bezahlt wird. Besonders wichtig ist uns dabei, dass das Zertifikat „Schuldner- und Insolvenzberatung“ erworben wird – das ist das, was Kollege Fischer schon beschrieben hat –, um sich klar von denjenigen abzugrenzen, die private Interessen haben und anscheinend helfen wollen, aber in Wirklichkeit nur das Geschäft mit der Not der Betroffenen machen wollen.

Ziel ist es zukünftig auch, eine mindestens dreijährige Ausschreibungszeit hinzubekommen, um dadurch die Beratungsqualität und die Kompetenzen bei den Beratungsfachkräften langfristig zu sichern. Um das zu erreichen, brauchen wir zuallererst richtige Zahlen. Wir brauchen Angaben über die Ursachen der Verschuldung, wir brauchen die genaue Kenntnis dessen, was in den Verbraucherinsolvenzverfahren passiert, und wir brauchen auch den genauen Stand der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen im Freistaat. Wir brauchen also ein scharfes Radar, das die Probleme erkennt und auch auf Veränderungen reagiert.

Andererseits ist es der vielleicht wichtigste Punkt in unserem Förderungsteil, dass die Beratungsstellen leicht und überall erreichbar sein müssen. Wie wollen wir das erreichen? Wir sagen, wir brauchen dazu alle Akteure: einmal die kommunale Ebene, sie ist in Verantwortung, andererseits die Träger, sie sind auch in Verantwortung. Wir machen das nicht mit einer ordnungspolitischen Keule, sondern es gilt für uns das Prinzip der Subsidiarität. Die Kompetenzen aller Akteure müssen einbezogen werden.

Insoweit ist der Antrag auch in der Zeit, weil die Kooperationsgespräche im Moment laufen. Aus meiner Sicht ist es darum richtig und wichtig, heute über diesen Antrag zu befinden. Wir senden mit diesem Antrag eine ganz wichtige soziale Botschaft: Wir kümmern uns um die, die glauben, am Rande der Gesellschaft zu stehen. In diesem Sinne bitte ich um eine möglichst breite Zustimmung des Hohen Hauses zu unserem Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Schlusswort

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Staatsministerin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank für die Diskussion. Vielen Dank für die verschiedenen Sichtweisen. Dies hat gezeigt, wie wichtig dieses Thema ist und dass die Koalition wie immer am Puls des Zeitgeschehens ist und wir hier im Hohen Haus genau die Beschlüsse fassen, die im Moment in Sachsen wichtig und richtig sind. Das ist mir an dieser Stelle auch noch einmal wichtig zu sagen.

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Erst mal! Das war erst der Anfang!)

Noch ein kurzer Hinweis zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wir haben in unserem Antrag in Punkt 2 ganz bewusst einen Satz formuliert: „... im Zusammenwirken mit der kommunalen Ebene der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege“ – die Akteure kennen Sie –, weil wir uns für einen anderen Weg entschieden haben. Wir haben gesagt: Wir brauchen die Kompetenzen. Wir haben das Prinzip der Subsidiarität. Die Kommunen stehen ohnehin in der kommunalen Verantwortung, deshalb sind wir überzeugt, dass wir mit dem reinen ordnungspolitischen Ansatz, der von Ihnen verfolgt wird, also so viel wie möglich in diesen Antrag hineinzuschreiben, dieses Ziel nicht erreichen.

Wir setzen auf Dialog, auf Zusammenarbeit und Subsidiarität. Aus diesem Grund haben wir den Punkt 2 so formuliert und glauben, dass dies der richtige Weg ist. Daher wird die Koalition Ihren Änderungsantrag auch ablehnen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zum Thema Verschuldung ganz persönliche Erfahrungen gemacht. In meinem unmittelbaren Familienumfeld habe ich es nach der Wende erlebt, wie jemand aus meiner Familie nach der Lehre als Erstes einen Dispositionskredit und als Zweites dann einen Autokredit hatte. Viele von Ihnen können sich sicherlich noch an diese Lebenssituation direkt nach der Wende erinnern. Die Person aus meiner Familie hat 15 Jahre gebraucht, um aus dieser Schuldenfalle herauszukommen. Insoweit ist es mir ein persönliches Anliegen, heute dazu zu sprechen. Ich glaube, in die Schuldenfalle hineinzugeraten kann jedem passieren. Es kann auch jedem von uns passieren. Wir alle wissen, wie komplex die Welt ist und wie komplexer

sie wird. Wir wissen auch, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Sachsen Probleme mit dem Konsumwahn in der modernen Gesellschaft haben.

Mit dem Konsumwahn habe auch ich ganz persönlich Probleme, nicht, weil ich besonders viel konsumiere, sondern weil ich die Haltung schwierig finde, die ich vorhin beschrieben habe. Mit diesem Antrag zeigen wir einen Ausweg aus der Schuldenfalle. Wir sagen damit: Ihr steht nicht am Rand der Gesellschaft, wir kümmern uns um euch. Wir geben damit Orientierung und konkrete Hilfe bei Alltagsproblemen. Genau um diese konkrete Hilfe bei Alltagsproblemen geht es uns.

Wir nehmen das ernst, was wir sagen, lieber Herr Hütter, und wir kümmern uns darum. Wir machen nicht nur Populismus, sondern wir liefern auch Lösungen zu den Problemen. Aus diesem Grund wünsche ich mir eine breite Zustimmung im Haus. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Staatsministerin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Diskussion. Vielen Dank für die verschiedenen Sichtweisen. Dies hat gezeigt, wie wichtig dieses Thema ist und dass die Koalition wie immer am Puls des Zeitgeschehens ist und wir hier im Hohen Haus (Lachen des Abg. André Barth, AfD) genau die Beschlüsse fassen, die im Moment in Sachsen wichtig und richtig sind. Das ist mir an dieser Stelle auch noch einmal wichtig zu sagen. (Cornelia Falken, DIE LINKE: Erst mal! Das war erst der Anfang!) Noch ein kurzer Hinweis zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wir haben in unserem Antrag in Punkt 2 ganz bewusst einen Satz formuliert: „... im Zusammenwirken mit der kommunalen Ebene der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege“ – die Akteure kennen Sie –, weil wir uns für einen anderen Weg entschieden haben. Wir haben gesagt: Wir brauchen die Kompetenzen. Wir haben das Prinzip der Subsidiarität. Die Kommunen stehen ohnehin in der kommunalen Verantwortung, deshalb sind wir überzeugt, dass wir mit dem reinen ordnungspolitischen Ansatz, der von Ihnen verfolgt wird, also so viel wie möglich in diesen Antrag hineinzuschreiben, dieses Ziel nicht erreichen. Wir setzen auf Dialog, auf Zusammenarbeit und Subsidiarität. Aus diesem Grund haben wir den Punkt 2 so formuliert und glauben, dass dies der richtige Weg ist. Daher wird die Koalition Ihren Änderungsantrag auch ablehnen. Sächsischer Landtag 6. Wahlperiode – 35. Sitzung 27. Mai 2016 2876

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zum Thema Verschuldung ganz persönliche Erfahrungen gemacht. In meinem unmittelbaren Familienumfeld habe ich es nach der Wende erlebt, wie jemand aus meiner Familie nach der Lehre als Erstes einen Dispositionskredit und als Zweites dann einen Autokredit hatte. Viele von Ihnen können sich sicherlich noch an diese Lebenssituation direkt nach der Wende erinnern. Die Person aus meiner Familie hat 15 Jahre gebraucht, um aus dieser Schuldenfalle herauszukommen. Insoweit ist es mir ein persönliches Anliegen, heute dazu zu sprechen. Ich glaube, in die Schuldenfalle hineinzugeraten kann jedem passieren. Es kann auch jedem von uns passieren. Wir alle wissen, wie komplex die Welt ist und wie komplexer sie wird. Wir wissen auch, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Sachsen Probleme mit dem Konsumwahn in der modernen Gesellschaft haben. Mit dem Konsumwahn habe auch ich ganz persönlich Probleme, nicht, weil ich besonders viel konsumiere, sondern weil ich die Haltung schwierig finde, die ich vorhin beschrieben habe. Mit diesem Antrag zeigen wir einen Ausweg aus der Schuldenfalle. Wir sagen damit: Ihr steht nicht am Rand der Gesellschaft, wir kümmern uns um euch. Wir geben damit Orientierung – Präsident Dr. Matthias Rößler: Die Redezeit! Jörg Vieweg, SPD: – und konkrete Hilfe bei Alltagsproblemen. Genau um diese konkrete Hilfe bei Alltagsproblemen geht es uns. (Carsten Hütter, AfD, steht am Mikrofon.) Wir nehmen das ernst, was wir sagen, lieber Herr Hütter, und wir kümmern uns darum. Wir machen nicht nur Populismus, sondern wir liefern auch Lösungen zu den Problemen. Aus diesem Grund wünsche ich mir eine breite Zustimmung im Haus. Vielen Dank. (Beifall bei der SPD und der CDU)